

776-94

Feldpostbrief

WU

**FELDPOSTBRIEF**

DER STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

FOLGE 4

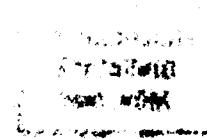
mitb!

Pappband!

JANUAR 1944

WEHRMACHTSFERNBETREUUNG  
DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

916



8° 776-97/4

## *FELDPOSTBRIEF*

DER STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

FOLGE 4

JANUAR 1944

---

WEHRMACHTSFERNBETREUUNG  
DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN



## INHALT

### I. Volkswirtschaftlicher Teil

- Professor Dr. Eduard Lukas: „Geldüberhang“  
auf dreierlei Art! . . . . . 3
- Professor Dr. Ernst Kelter: Ein kurzer Blick  
auf die Wirtschaftsgeschichte . . . . . 12
- Professor Dr. Julius Frost: Ländliche Boden-  
politik . . . . . 18

### II. Forstwissenschaftlicher Teil

- Professor Dr. Karl Vanselow: Durchforstung 27

xg 5553

Universitäts-Buchdruckerei Dr. C. Wolf & Sohn, München

## I. Volkswirtschaftlicher Teil

### „Geldüberhang“ auf dreierlei Art!

von Eduard Lukas

Wie allgemein bekannt ist, haben wir es heute auf allen Verbrauchsgütermärkten mit der Erscheinung eines Ungleichgewichtes zwischen der kauflustigen Nachfrage in Geld und dem Angebot an Gütern zu tun. Und man kennzeichnet jenen Teil der geldlichen Nachfrage, der auf solche Weise nicht zum Zuge gelangt, allgemein als „Kaufkraftüberhang“ oder neuerdings auch gerne als „Geldüberhang“. Hierbei ist zu beachten, daß der Preisstop in Verbindung mit den verschiedenartigsten Ratio-  
nierungsmaßnahmen einer preissteigernden Wirkung dieser überschüssigen Kaufkraft entgegenwirkt und das überflüssige Geld auf solche Weise in die volkswirtschaftlichen Sparkanäle abdrängt.

Nun bestehen aber in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Natur und des Zustandekommens solchen Geldüberhangs teilweise irrtümliche Vorstellungen. Man meint da nämlich manchmal, daß das Bestehen eines Geldüberhangs eindeutig auf ein Übermaß im Geldumlauf der Volkswirtschaft, also auf einen Geldüberfluß schließen lasse. Und man glaubt dann nicht zu selten, daß sich die Erscheinung solchen Geldüberhangs durch rein geldpolitische Maßnahmen deflatorischer Natur völlig beseitigen lassen würde.

Das ist grundsätzlich falsch gedacht! Ein solcher Zusammenhang wie der hier vermutete kann wohl vorliegen, er muß es aber nicht. Es gibt einen Geldüberhang — und auch der unsere mag zu einem Teile von solcher Art sein —, dem mit deflatorischen Mitteln der Geldpolitik nicht beizukommen wäre, weil er auf keinerlei Art von „Geldüberfluß“ zurückgeht.

Um das zu verstehen, wollen wir im folgenden zwei bestimmte Denkschemata in Vergleich setzen!

Wir wollen da von dem Modell einer Wirtschaft ausgehen, die gerade voll beschäftigt ist.

Wir nehmen an, daß in dieser Wirtschaft freie Konsumwahl herrscht und freie Preisbildung vorliegt. Und schließlich seien weiterer Annahme zufolge die geldpolitischen Instanzen dieser Wirtschaft mit Erfolg bemüht, bei Beibehaltung des geltenden Preisstandes das geldliche Volkseinkommen in genauem Gleichgewichte mit der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazität, also mit den Möglichkeiten laufender Güterversorgung, zu halten.

Unter solchen Umständen müßte in unserem Wirtschaftsmodell jede Sparleistung aus Einkommenskaufkraft als Konsumverzicht auf den diesen Einkommensteilen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt einen offenbar genau so großen Prozentsatz der nationalen Produktionskräfte freisetzen, als solcher dem Verhältnisse der Sparsumme zu dem Gesamteinkommen in dieser Volkswirtschaft entsprechen würde. Wenn beispielsweise die — freiwillige oder steuerlich erzwungene — Netto-sparleistung der Wirtschaft etwa 10 Milliarden innerhalb eines Gesamteinkommens aller Einkommensträger von 80 Milliarden ausmachen würde, so müßte das bedeuten, daß auch ein Achtel der dem Sozialprodukt von ebenfalls 80 Milliarden zugeordneten nationalen Produktionskräfte durch diesen Sparvorgang freigesetzt würden. Über

diese könnten dann für ihre Zwecke jene Investoren mittelbar oder unmittelbar verfügen, in deren Hände die entsprechenden Sparsummen gelangen. (Daß die Kreditpolitik diesen Vorgang nicht durchkreuzt, liegt in den oben ausdrücklich angenommenen Voraussetzungen begründet. Das muß betont werden, denn in der modernen Wirtschaft ist solcher Gleichklang zwischen Sparen und Investieren keineswegs immer gegeben.)

Und nun wollen wir aus diesem Wirtschaftsmodell auf Grund einiger Veränderungen ein zweites entstehen lassen. Wir wollen nämlich voraussetzen, daß der Staat an dieser Wirtschaft die folgenden — uns übrigens teilweise einigermaßen vertrauten — Eingriffe vornimmt:

Er schränkt erstens die Erzeugung von Gütern des zivilen Bedarfes zugunsten der Produktion von Gütern staatlichen Bedarfes, also etwa von Rüstungsgütern, durch unmittelbare Anordnung ein.

Zweitens erklärt er gleichzeitig mit Erfolg einen allgemeinen Preisstop.

Bei der Finanzierung seiner Vorhaben verzichtet er, drittens, auf jede Kreditausweitung und zusätzliche Geldschöpfung. Vielmehr finanziert er diese ausschließlich aus jenen Geldsummen oder Einkommensteilen, die nunmehr früher oder später mangels auf den Märkten des zivilen Bedarfes verfügbarer Güter von jenen zwangsläufig abgedrängt und in die volkswirtschaftlichen Sparkanäle gezwungen werden. Es liegt auf der Hand, daß dann dem Staate auf die Dauer ein ebenso großer Prozentsatz des Volkseinkommens zur Verfügung stehen muß, als es der ist, der dem Verhältnis der vom Staate der zivilen Gütererzeugung durch Anordnung entzogenen Produktionskräfte zum Gesamtausmaß der nationalen Produktionskapazität entspricht. Und das ist genau die Kapitalsumme, derer er unter den angenommenen Voraussetzungen bedarf, um die Erzeugungsleistung der

in seine unmittelbaren Dienste gestellten Produktionskräfte zu bezahlen<sup>1)</sup>.

Diese Veränderungen und Eingriffe also stellen wir nunmehr zur Debatte. Was wäre ihr Ergebnis?

Das Ergebnis wäre, äußerlich gesehen, kein anderes als das, das dann vorliegen würde, wenn sich die Sparer aus irgendwelchen Gründen — ähnlich der Sachlage im ursprünglichen Wirtschaftsmodell — von selbst entschlossen hätten, in dem vom Staate benötigten Ausmaße zu sparen.

Nach innen hin bestände jedoch der Unterschied, daß die Leute mangels entsprechender Kaufgelegenheiten gezwungen — also offenbar ungern — sparen. Nach unserer Annahme würden sie ja an sich bis zu einem gewissen Grade lieber Güter kaufen. Es wäre also die Erscheinung eines Kaufkraftüberhanges gegeben.

Was aber dennoch nicht gegeben wäre, das wäre ein auf unangemessene Ausdehnung des Geldumlaufes gegründeter Geldüberfluß. Das von uns geschilderte System setzt ja etwas Derartiges in keiner Weise voraus. Was es voraussetzen würde, wäre ja nur die Beibehaltung der bisherigen Geldversorgung und des bisherigen Geldvolumens. Solche aber wäre auch durchaus angemessen, denn an der Höhe der Umsatzbedürftigkeit der Volkswirtschaft — also des sogenannten Handelsvolumens im Sinne der Verkehrsgleichung — würde sich der allgemeinen Regel nach deshalb nichts Wesentliches ändern, weil jetzt statt Gütern des zivilen Bedarfs mehr

<sup>1)</sup> Auf in diesem Zusammenhang zu erwartende Umstellungsschwierigkeiten in der Produktion, wie solche ja im Zuge jeder Bedarfsverschiebung auftreten, brauchen wir deshalb nicht Bedacht zu nehmen, weil diese Frage für unser Beweisziel unerheblich ist.

Güter der vom Staat benötigten Art hergestellt und umgesetzt werden. (Im Falle die obige Sparleistung freiwillig zustandekommen würde, käme ja auch kein Mensch auf den Gedanken, einen Geldüberfluß anzunehmen, da es dann einen — hier im Grunde doch nur von der Willensgestaltung abhängigen — Geldüberhang, den man auf solchen Überfluß gedanklich zurückführen könnte, gar nicht gäbe.) Im Gegenteil! Eher wäre es möglich, daß mit der Zunahme der sogenannten finanziellen Zirkulation über die Sparkanäle notwendig gewordene Umwege des Geldumlaufes und gelegentlich auftretende Erscheinungen freiwilliger Geldhortung eine Verbesserung der Ausdehnung des Geldumlaufes wünschenswert erscheinen ließen. Solche Geldumlaufsausweitung wäre dann aber die angemessene Folge der ganzen Entwicklung und nicht ihre Ursache, und sie hätte zwecks Vermeidung einer Deflation zu erfolgen. Jedenfalls trüge sie daher unter keinen Umständen inflatorischen Charakter, wie das im anderen Falle von ihr als auslösender Ursache der Erscheinung des Geldüberhanges gelegentlich angenommen zu werden pflegt.

Darum wäre es in unserem Beispiele auch ganz vergeblich, den auf den Märkten des zivilen Bedarfs lediglich durch Erzeugungsbeschränkung und Preisstop bedingten Geldüberhang durch eine deflatorische Kontraktion des Geldumlaufes zu bekämpfen. Die Folge einer solchen Maßnahme könnte hier, grundsätzlich und schematisch gesehen, nur die sein, daß sich im großen ganzen und auf die Dauer nicht der Wirtschaftsprozess als solcher und die geschilderte Wirtschaftslage ändern würde, sondern, wollte man den untragbaren Zustand einer Unterbeschäftigung vermeiden — lediglich das Verhältnis des Geldes zu den Gütern und Dienstleistungen, also der allgemeine Preisstand, geändert werden müßte. Der Geldüberhang als solcher ließe sich nur dadurch beseitigen, daß man die Kaufkraft dort abschöpft, wo

allein sie überschüssig ist, das ist auf den Märkten des zivilen Bedarfes. Das aber könnte man nur durch steuerliche und diesen ähnlichen Maßnahmen erreichen, und nicht dadurch, daß man den rein ziffernmäßigen Ausdruck des Sozialproduktes (das ist jener der zivilen Güter und der des staatlichen Bedarfes) und seiner Produktionselemente in Geld herabdrückt<sup>1)</sup>.

Wie steht es nun mit allen diesen Dingen in dem Falle unserer heutigen Kriegsfinanzierung?

Offensichtlich wurde da beides, die soeben aufgezeigte Methode mit der einer zusätzlichen Geldschöpfung und der Schaffung von Geldüberfluß kombiniert.

Was die Anwendung der letzteren Methode betrifft, so konnte und wollte man begreiflicherweise den Einsatz der nationalen Produktionskräfte für die Zwecke militärischen Bedarfes nicht von vorneherein davon abhängig machen, daß die Steuerzahlungen der Staatsbürger und die von der Wirtschaft dargebotenen Sparleistungen hierfür reichlich und rechtzeitig genug anfallen würden. Soweit sie zur Verfügung standen, nutzte man solche Mittel, soweit sie aber im jeweiligen Augenblicke nicht ausreichten, setzte man eben über eine entsprechende Geldschöpfung und Kreditausweitung zustande gebrachte zusätzliche Geldmittel ein. Diese aber traten nun auf den Märkten aller Art mit der von vorneherein bereits vorhandenen kaufkräftigen Nachfrage in Konkurrenz, wirkten so als zusätzliche Kaufkraft und erhöhten somit den freilich auch sonst unvermeidbaren Geldüberhang.

---

<sup>1)</sup> Dabei sehen wir, wie im früheren, so auch hier, aus Gründen der Vereinfachung von jenem in einem doppelten Sinne unsichtbaren Geldüberhang ab, der in solchen Fällen auch von den Spareinlagen aus über den Märkten des zivilen Bedarfes lagert.

Soweit nun auch heute noch vorhandener Geldüberhang auf einen solchen Geldüberfluß, der sich zwangsläufig in einer entsprechenden Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auswirken muß, zurückgehen sollte, ließe sich dieser Teil des Geldüberhanges in der Tat durch eine dementsprechende Kontraktion des Geldumlaufes unschwer beseitigen. Beispielsweise brauchte man da lediglich umlaufendes Geld im steuerlichen oder im Wege der Anleihebegebung einzuziehen und stillzulegen. Und es darf auch durchaus vermutet werden, daß wir es — zumindest fallweise — auch heute noch mit solchem Geldüberfluß zu tun haben. (Zum Beispiel können durch gütermäßigen Gegenwert nicht gedeckte Auszahlungen von Entschädigungen Fliegergeschädigter gegebenenfalls in dieser Richtung wirken.) Im ganzen genommen kann es sich aber immer nur um verhältnismäßig geringe Teile unseres alles in allem ja sehr hohen Geldüberhanges handeln, die auf einen jeweiligen Geldüberfluß als solchen zurückgehen. Einer solchen übertriebenen „Geldfülle“ und einer durch sie erzwungenen Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes vermag ja die reichliche Abgabe von Schuldtiteln der Öffentlichen Hand an Banken und Sparer — nicht zuletzt durch die Reichsbank selbst — ständig entgegenzuwirken.

Jedoch gibt es noch eine dritte Ursache für den Bestand und das Anwachsen unseres Geldüberhanges, die primär nichts mit einem Geldüberfluß, hingegen aber sehr viel mit einer Art Einkommensüberfluß zu tun hat. Preisstop und Erzeugungslenkung wirken nämlich auch nach der Richtung, daß der Staat in fast beliebigem Ausmaße Einkommen ihrer Zahl oder ihrer Größe nach erhöhen oder etwa Entschädigungen auszahlen kann, ohne daß deshalb grundsätzlich eine Änderung der am Verbrauchsgüterindex gemessenen Kaufkraft des Geldes eintreten muß. Der Gehaltsempfänger zum

Beispiel, der solche Gehaltserhöhung gezwungenermaßen sparen und etwa in Reichsanleihen anlegen würde, hätte sich praktisch mit dem durch die Anleihe versinnbildlichten Versprechen des Staates zufrieden zu geben, später einmal für sein Geld die entsprechenden Güter zu erhalten. In solchen Fällen bloßer Einkommenserhöhungen und in ähnlichen Fällen vermag eben heute das Geld — losgelöst von seinem güterwirtschaftlichen Mutterboden — in einem gewissermaßen ewigen Kreislauf lediglich zwischen Staat und Zahlungsempfängern immer wieder aufs neue zu kreisen, ohne daß hierbei Güter beansprucht oder Güterpreise berührt werden müssen. Jedoch wächst dann in solchen Fällen zwangsläufig der Geldüberhang, da der allgemeinen Regel nach die Anlage des Mehreinkommens oder der Entschädigungssumme oder ähnlicher Geldmittel bei den Banken oder unmittelbar in Schuldtiteln doch nicht ganz freiwillig erfolgt. Güterknappheit in Verbindung mit dem Preisstop sind es ja, die in solchen Fällen meistens erst den Sparvorgang erzwingen.

Soweit nun unser heutiger Geldüberhang auf die Zunahme einer solchen Einkommensfülle zurückgeht, würde ihm neben dem nachträglich auch hier anwendbaren steuerlichen Mittel nichts anderes als entsprechende Beschränkung in der Ausgabenpolitik des Staates und größte Sparsamkeit der Öffentlichen Hand entgegenwirken können. (Daß dem allerdings wiederum wichtige und vordringliche Interessen übergeordneter Natur, wie vornehmlich solche der Kriegführung, entgegenstehen können, versteht sich dabei von selbst.) Jedenfalls wäre auch in diesem — ähnlich dem von uns an erster Stelle erörterten — Falle das Mittel einer primären Kontraktion des Geldumlaufes fehl am Platze. Eine solche Drosselung der Versorgung der Wirtschaft mit Umlaufsmitteln könnte da, solange die in der Erhöhung des geldlichen Volkseinkommens ge-

legene Ursache der Zunahme des Geldüberhangs nicht beseitigt wird, nur Störungen des Wirtschaftsprozesses und seiner Finanzierung zur Folge haben. Mit bloß geldpolitischen Mitteln wäre hier vor allem deshalb nichts getan, weil im vorliegenden Falle das Wachstum der vom Staate festgesetzten oder gebilligten Einkommen nicht die Folge einer vorangegangenen Ausdehnung des Geldumlaufes darstellt, sondern eher die Ursache für eine solche abgibt. Denn natürlich muß auf die Dauer der Geldumlauf einer erfolgten Vermehrung und Erhöhung aller Einzeleinkommen angepaßt werden.

Aus alledem ergibt sich also, daß man zu etwaiger Bekämpfung des Geldüberhangs ganz verschiedene Mittel je danach einsetzen muß, ob man die eine oder die andere oder alle Seiten dieser Erscheinung treffen will. Wie wir gesehen haben, kann sie ja entweder ausschließlich auf die Methode einfacher Kaufkraftabdrängung schlechthin, oder aber gleichzeitig auch auf erfolgte Schaffung von Geldüberfluß und schließlich auch auf solche von Einkommensüberfluß zurückgehen.

## Ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsgeschichte

von Ernst Kelter

Wenn wir auf die Verfahrensweise und auf die Entstehung der Wirtschaftsgeschichte schauen, so zeigt sich schon, daß diese Wissenschaft, die als selbständige Disziplin seit rund 100 Jahren sich herauszubilden begann, sich nicht darin erschöpft, wirtschaftsgeschichtliche Daten zusammenzustellen. Das wäre nicht nur eine trockene und uninteressante, sondern auch eine unvollkommene Zielsetzung. Wohl kommt es der Wirtschaftsgeschichte darauf an, den Ablauf des Wirtschaftslebens darzustellen; aber es gilt vor allem auch ihn zu erklären! Und gerade dieses „Erklären“ kann nicht nur mit Hilfe rein wirtschaftlicher Tatbestände geschehen. Die zahlreichen außerwirtschaftlichen Faktoren, von denen das Wirtschaftsleben mitgeformt und beeinflusst wird, darf der Historiker, sofern sie wesentliche Gestaltungskraft besitzen, nicht außer acht lassen.

Es ist daher kein Zufall, sondern geradezu eine selbstverständliche Erscheinung, daß zahlreiche andere Wissenschaften als Paten an der Wiege der Wirtschaftsgeschichte gestanden haben und sich noch heute (als Hilfswissenschaften) mit ihr in beständiger Fühlung befinden. Das gilt z. B. von der allgemeinen (politischen) Geschichte, von der Sozial-, Religions- und Kunstgeschichte, der Rassen- und Vorgeschichte, von der Wirtschaftsgeographie und nicht zuletzt von der Rechtsgeschichte. Alle diese Wissenschaften (und gelegentlich noch andere) werden herangezogen, um die jeweiligen Wirtschaftszustände sowie die großen wirtschaftsgeschichtlichen Geschehnisse und Wandlungen aufzuhellen und verständlich zu machen. Der Wirtschaftsablauf wird also nicht in der Vereinzelung betrachtet, herausgelöst aus seinem Zusammen-

hang mit den unmittelbar und mittelbar das Wirtschaftsleben gestaltenden Kräften; sondern es ist die Aufgabe der Wirtschaftsgeschichte, die wirtschaftlichen Zustände und Veränderungen während eines bestimmten Zeitabschnittes in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit von den allgemeinen Zeitverhältnissen zu erfassen. Die Wirtschaftsgeschichte ist demnach auch nicht, wie der historische Materialismus glaubte, der Universalschlüssel zum Verständnis der gesamten Kultur überhaupt, sondern es handelt sich um eine wechselseitige Durchdringung.

Die Wirtschaft Deutschlands in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges z. B. ist unverständlich, wenn wir nichts von diesem Krieg, seinem geistigen, politischen und materiellen Ursachen und Auswirkungen wissen. Es kommt eben nicht nur darauf an, den wirtschaftlichen Zustand selbst zu kennen, vielmehr müssen auch die Voraussetzungen zum Wirtschaftsleben bekannt sein.

Zur wirtschaftsgeschichtlichen Methodik ist zu bemerken, daß, da diese mittelbaren und unmittelbaren geistigen und materiellen Voraussetzungen des Wirtschaftslebens räumlich und zeitlich verschieden sind, auch kein allgemeingültiges Entwicklungsschema des Wirtschaftslebens entworfen, kein Weg aufgezeigt werden kann, den alle Völker der Erde in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung früher oder später zwangsläufig zu durchlaufen hätten. Bis vor einigen Jahrzehnten hat man allerdings an die Zwangsläufigkeit, mit der aus dem einen Wirtschaftszustand sich ein bestimmter anderer ergeben müsse, geglaubt und versucht, die verschiedenen Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens in den sogenannten Wirtschaftsstufen festzuhalten, als deren letzte und höchste die im internationalen Tauschverkehr stehende Volkswirtschaft angesehen wurde. Der erste Wirtschaftsstufentheoretiker war der bedeutende deutsche Nationalökonom Friedrich List. Er postulierte diese Zwangsläufigkeit der Stufenfolge um den Nachweis zu führen, daß die deutsche



Wirtschaft damals noch nicht jenen Entwicklungsstand erreicht habe, der es ihr gestatte, zum Freihandel überzugehen, wie die englische Wirtschaft es bereits getan hatte. List stellte sich den Entwicklungsgang des Wirtschaftslebens so vor, daß alle Völker zunächst Jäger, Fischer oder Hirten gewesen seien, daß darauf die zweite Stufe des Agrikulturstandes gefolgt sei, daß sich in der dritten Stufe zur Agrikultur die Manufaktur gesellt habe, daß in der vierten Stufe zur Agrikultur und Manufaktur der Handel getreten sei, während die letzte und höchste Entwicklungsstufe die Volkswirtschaftsstelle darstelle. Vielfach in Verkennung der pragmatischen Absicht Friedrich List's sind dann nach ihm zahlreiche weitere Stufentheoretiker aufgetreten, wie z. B. Bruno Hildebrand, der die drei Stufen der Naturalwirtschaft, der Geldwirtschaft und der Kreditwirtschaft bildete; oder Karl Bücher, der auf die geschlossene (d. h. autarke) Hauswirtschaft die Stufen der Stadtwirtschaft und der Volkswirtschaft folgen ließ. Immer neue Stufentheorien wurden geschaffen, geradezu als ein Beweis für die Unzulänglichkeit der schon vorhandenen Stufenbildungen. Sie alle sind zu betrachten als ein anhaltendes Ringen um ein wirklich befriedigendes wirtschaftsgeschichtliches Einteilungs- und Ordnungsprinzip.

Der eingeschlagene Weg konnte aber nicht zum Ziele führen. Es wurde nicht nur mit Recht bemängelt, daß eine Zwangsläufigkeit der verschiedenen Stufenfolgen nicht bestehe, sondern es stellte sich immer eindeutiger heraus, daß mit Hilfe nur eines einzigen Unterscheidungsmerkmals, wie es alle Stufentheoretiker benutzt hatten, der Wirtschaftszustand eines bestimmten Zeitabschnittes sich nicht unmißverständlich in einem Schlagwort andeuten und noch weniger ausführlich beschreiben ließ. Friedrich List z. B. hatte als einziges Unterscheidungsmerkmal für seine Stufenbildung die jeweils vorherrschende Ernährungsgrundlage eines Volkes herausgestellt.

Karl Bücher hatte die Länge des Absatzweges, den die Güter vom Hersteller bis zum Verbraucher zurücklegen müssen, als Einteilungsprinzip seiner Stufen benutzt, während Bruno Hildebrand die Art, wie die Güter übertragen wurden, die Frage nach dem Tauschmittel in den Brennpunkt seiner Betrachtung gestellt hatte.

Wenn diese Bemühungen der Stufentheoretiker für die wirtschaftsgeschichtliche und nationalökonomische Forschung und Erkenntnis auch nicht ohne großen Wert waren, so erfüllten sie doch nicht in der erwünschten Weise den spezifischen Zweck, als Einteilungsprinzip der Wirtschaftsgeschichte zu dienen; und es bedeutete einen großen Fortschritt, als der kürzlich verstorbene Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Werner Sombart mit dem bisherigen Verfahren brach.

Er verließ grundsätzlich den alten Weg, indem er nicht nur ein Merkmal, sondern eine genau festgelegte Vielzahl von Merkmalen als Ordnungsprinzip der Wirtschaftsgeschichte heranzog. Er fragte nach dem Geist (der Wirtschaftsgesinnung), der Form (der Regelung und Organisation) und der Technik (dem Verfahren), denen das Wirtschaftsleben ausgesetzt sein kann und bildete je nachdem, wie diese Merkmale miteinander kombiniert sind, Wirtschaftssysteme, die nicht kapitalistisch oder kapitalistisch sein können. Nicht alle diese aus den verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten sich ergebenden Wirtschaftssysteme sind geschichtlich verwirklicht gewesen, sondern nur einzelne. Die Zeitspannen, während welcher bestimmte Wirtschaftssysteme einmal verwirklicht gewesen sind, nennt er Wirtschaftsepochen oder Wirtschaftsperioden.

Sombart's Weg ist gegenüber den Wirtschaftsstufen zweifellos der bessere, nur sind seine Merkmalgruppen unvollständig insofern, als er dabei die natürlichen Gegebenheiten des Wirtschaftslebens, z. B. die geographische, klimatische und geognostische Gestaltung des

Wirtschaftsraumes und die wirtschaftlichen Qualitäten der Bewohner außer acht läßt; Faktoren, die, wie ohne weiteres einzusehen ist, für die Gestaltung des Wirtschaftslebens von einschneidender Bedeutung sind.

Wenn ich hier in ganz kurzen Strichen auf die wirtschaftsgeschichtliche Verfahrensweise eingegangen bin, so darf schließlich noch eine wesentliche sachliche Neuerung nicht vergessen werden, die immer mehr bei der wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtung Berücksichtigung findet. Sie besteht darin, daß man heute nicht mehr, wie das früher vorwiegend der Fall war, die wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung erst mit dem Beginn unserer Zeitrechnung ihren Anfang nehmen läßt, sondern wenigstens kurz auch auf die Hauptdaten des vor- bzw. frühgeschichtlichen Wirtschaftslebens eingeht. Dank den Fortschritten der Spatenforschung in den letzten Jahrzehnten ist man dazu in der Lage.

Der Zweck ist einleuchtend! Wenn es in der Wirtschaftsgeschichte u. a. darauf ankommt, die Verschiedenartigkeit der Entwicklung des Wirtschaftslebens der einzelnen Völker oder Rassen darzulegen und zu begründen, so kann man selbstverständlich nicht darauf verzichten, auch die verhältnismäßig schon hoch entwickelten Wirtschaftsgrundlagen zu kennen, über die z. B. die germanischen Völker bei ihrem Eintritt in die Zeit der geschriebenen geschichtlichen Überlieferung bereits verfügten. Es zeigt sich bei solcher Betrachtung, daß die westeuropäische Wirtschaftskultur, wie sie seit den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung sich herausbildete und über den größten Teil der Erde verbreitete, keineswegs nur eine Art Pfropfreiser östlicher und römischer Wirtschaftskultur darstellt; vielmehr sind ganz wesentliche bodenständige Grundlagen bereits vorhanden gewesen, die ihre Lebensfähigkeit und große Gestaltungskraft über die Jahrhunderte hinweg auch bewiesen haben.

Und nun zum Schluß die Frage, warum wir uns die wirt-

schaftsgeschichtliche Forschung so angelegen sein lassen? Nicht nur um des Wissens willen und aus Selbstzweck, sondern weil sie auch wichtige Erkenntnisse zu bieten vermag. Diese sind zwar in der Regel nicht so leicht greifbar und in die Augen springend wie manche Ergebnisse der allgemeinen Volkswirtschaftslehre oder der Volkswirtschaftspolitik, aber darum doch vorhanden. Ein Beispiel: Friedrich List hat mit Hilfe der Wirtschaftsgeschichte mit Recht vor einem vorschnellen und überstürzten Übergang zum Freihandel in Deutschland gewarnt; und gerade auch wirtschaftshistorisch orientierte Nationalökonomien haben das Verdienst, vor der Übertragung der manchmal allzu abstrakten und wirklichkeitsfernen Lehren des Wirtschaftsliberalismus in die Wirklichkeit zur Mäßigung geraten zu haben. Umgekehrt wird der Wirtschaftshistoriker, der das Wirtschaftsleben in der Regel mehr als einen kontinuierlichen Wachstumsvorgang zu sehen geneigt sein wird, gestützt auf vergleichbare geschichtliche Wirtschaftsperioden, z. B. die Folgen und damit auch die Grenzen einer überspitzten Reglementierung des Wirtschaftslebens kennen und hier ein feines Fingerspitzengefühl entwickeln können. Das bedeutet nicht, daß jeder Volkswirt auch Wirtschaftshistoriker sein soll; aber er sollte doch den geschichtlichen Ablauf des Wirtschaftslebens und die Erfahrungen, die er bietet, in ihren wesentlichen Zügen kennen.

Darüber hinaus bietet aber die Wirtschaftsgeschichte auch — abgesehen davon, daß sie viele heute unerlässlich gewordene wirtschaftswissenschaftliche Begriffe und Fachausdrücke geschaffen hat — zahlreiche Möglichkeiten zur Schulung des wirtschaftlichen Denkens, je mehr die Wirtschaftshistoriker von der Sammlung und Ordnung des Stoffes zu einer geistigen und auch theoretischen Durchdringung, zur Erforschung der Zusammenhänge, der Ursachen und Wirkungen übergehen.

## Ländliche Bodenpolitik

von Julius Frost

Seit der deutsche Boden von deutschen Bauern in Kultur gebracht wurde, hat bei den Bauern immer der Wunsch bestanden, den nutzbar gemachten Boden mit den darauf errichteten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden den nachkommenden Geschlechtern zu erhalten. Die über ganz Deutschland verbreitete Sitte der Vererbung ungeteilten Grundbesitzes ist zweifellos einer der ältesten Rechtsbräuche unseres Volkes.

Bauern, die tüchtig waren, und zu dem ererbten Boden neuen Boden hinzuwarben, mehrten damit Ansehen, Macht und Reichtum für sich und ihre Nachkommen. Untergehende Geschlechter räumten ihren Boden, um ihn für aufstrebende Nachbarn oder neu hinzukommende Siedler frei zu machen. Bei solchem Besitzwechsel aus einer Familie in die andere, der eintreten mußte, wenn keine direkten Erben vorhanden waren und nicht der Sohn auf den Vater folgte, hatten die Angehörigen der Sippe ein Vorrecht im Interesse der Sippe und des zur Vererbung gelangenden Grundbesitzes.

Trotz dieses uralten Brauchs sind im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Bauerngeschlechter von ihren Höfen verschwunden, sie sind ausgestorben und haben neuen Geschlechtern Haus und Hof hinterlassen. Mit der Zunahme der Volkszahl und Verknappung des kulturfähigen Bodens ergab sich die Notwendigkeit, größeren Grundbesitz durch Teilung zu verkleinern und dort, wo früher die ganze Familie auf einem großen Hof angesiedelt war, nunmehr neue selbständige Höfe für die zu groß gewordene Familie von dem früheren Grundbesitz abzutrennen. Das brauchte, wenn die Familie zusammenhielt, noch keine Minderung ihres Reichtums und ihres Ansehens mit sich zu bringen.

Das Bestreben, den Grundbesitz zusammenzuhalten und geschlossen zu vererben, und die im Lauf der Zeit mit Zunahme der Bevölkerung immer stärker hervortretende Notwendigkeit der Teilung des Bodens zwecks Schaffung neuer Höfe gingen in auseinanderstrebender Richtung. Solange reichlich Boden vorhanden war, gab es auch ausreichende Gelegenheit für Neusiedlungen. Wo aber — in der einen Gegend früher, in der anderen später — der Boden für Neusiedlungen knapp wurde, trat die Frage hervor, ob nun auch der bereits genutzte Boden unter die anwachsende Zahl der Bodensuchenden geteilt werden sollte. Unter den Großbauern galt Jahrhunderte lang die Gewohnheit, von dem ererbten Boden nur das für Schaffung neuer Höfe abzugeben, was nicht zum Haupthof gehörte, also Vorwerke, Nebengüter, abseitige Ländereien usw. Der Haupthof selbst ging ungeteilt an den nächstberechtigten Erben.

Wenn man eine Jahrhunderte und Jahrtausende zurückreichende Statistik über die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hätte, würde man aus ihr ersehen, daß diese Zahl ständig zugenommen hat, bald rascher, bald langsamer, je nach den Zeitverhältnissen. Nur wirtschaftliche Katastrophen, wie sie etwa der 30jährige Krieg mit sich brachte, haben vorübergehend die ständige Vermehrung der Gutshöfe unterbrechen können. Die Zahl der Landsuchenden war immer größer, als die Zahl der vorhandenen Höfe. Sie konnte auf dem Lande nur untergebracht werden, wenn neben den alten Höfen neue errichtet wurden. Diese Entwicklung hat bis in unsere Zeit angedauert. Trotz aller Landflucht ist auch heute noch die Nachfrage nach ländlichem Grundbesitz größer als dessen Angebot.

Es gibt Gegenden in Deutschland mit einer sehr alten und schon sehr frühzeitig dichten ländlichen Besiedlung. Dazu gehören vor allem die im Südwesten des Reichs

gelegenen Gebiete, die in begünstigtem Klima und oftmals auf besserem Boden liegen und schon vor vielen Jahrhunderten dem Verkehr erschlossen waren. Hier drängte sich in den Dörfern der bäuerliche Nachwuchs, der ungern auswandern oder andere Berufe ergreifen, sondern wenn möglich in der Heimat bleiben und Bauer werden wollte. In dieser Südwestecke des Reichs entstand durch Teilung der alten Höfe im Lauf der Jahrhunderte der kleinbäuerliche Besitz und, wie man annimmt, etwa seit dem 12. Jahrhundert die Sitte der Realteilung des bäuerlichen Besitzes im Erbwege. Schätzungsweise soll in vier Fünfteln des Reichs die Sitte der geschlossenen Vererbung der Höfe und in einem Fünftel des Reichs die Realteilungssitte vorherrschen.

E. W. Schmid hat im Jahre 1936 im Seminar des Geheimrat von Zwiedineck eine Dissertation geschrieben „Wirtschaftsschicksal kleiner Bauernwirtschaften in Württemberg“, die die Entwicklung der Bauernhöfe seines Heimatdorfes darstellt und den Auf- und Abstieg der Betriebsgrößen schildert, der bei realer Teilung des ländlichen Grundbesitzes im Erbwege im Lauf jeder Generation eintritt. Ob eine bäuerliche Familie auf- oder absteigt, hängt in erster Linie von der Tüchtigkeit und Gesundheit der Familienmitglieder ab, daneben von der Zahl der in der Landwirtschaft bleibenden Kinder. Die Realteilung an sich gibt, wie Schmid ausführt, in seinem Heimatdorf keinen Anlaß zu einer ständigen Verkleinerung der Höfe und zu einem sozialen Abstieg der Hofbesitzer.

Wo im Gegensatz zum Südwesten des Reichs der Grundbesitz seit ältester Zeit her gewohnheitsmäßig geschlossen vererbt wird, hat die Abfindung der „weichenden Erben“ hier und da zu Schwierigkeiten geführt, seit das geldmäßige Denken auch bei den Wirtschaftsvorgängen des Bauerntums mehr zur Geltung gelangte. Noch heute ist ein großer Teil des bäuerlichen Wirtschaftens ganz un-

kapitalistisch. Man kann dabei fallweise und auch gegendweise große Unterschiede feststellen. Das heißt, es gibt einzelne Bauern und Landwirte und auch ganze bäuerliche Volksgruppen innerhalb des Deutschen Reichs, die mehr geldmäßig, andere, die mehr idealistisch denken und handeln. Im allgemeinen ist der deutsche Bauer ein Idealist, dessen Denken und Handeln nur zu einem sehr beschränkten Teil von dem Streben nach Gelderwerb geleitet wird. Zusätzliche Arbeit, Anschaffungen, Investitionen u. a. geschehen sehr oft aus Freude an der Arbeit oder in der Absicht, den Betrieb auf lange Frist zu verbessern und seinen Wert zu mehren.

Wer im bäuerlichen Betrieb alles durch die Geldbrille zu sehen und zu erkennen versucht, wird den Bauern und die bäuerlichen Sitten und Gewohnheiten nie ganz begreifen. Das gilt besonders für die Art der Vererbung des ländlichen Grundbesitzes. Der Übergang des Hofes von einer auf die nächstfolgende Generation ist entscheidend für das Schicksal des Hofes und des darauf sitzenden Geschlechtes. Eine ländliche Erbregelung ist etwas ganz anderes als die Erbteilung von städtischem Hausbesitz, Bankguthaben, Wertpapieren und dergleichen. Man kann den ländlichen Nachlaß nicht in eine Anzahl gleichwertiger Teile aufteilen und diese an die Kinder vererben. Versuche, einen ländlichen Nachlaß in Geld zu bewerten und auf Grund des errechneten Gesamtwertes für die Erben gleichwertige Erbansprüche festzusetzen, widersprechen dem bäuerlichen Rechtsempfinden und führen nie zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis.

„Der Wald, in dem man von Jugend an wanderte und jagte, hat nicht nur den Wert des kapitalisierten jährlichen Holzeinschlages, der Bach, in dem man badete und fischte, ist nicht nur gleich so und so viel Zentnern Fischen, das Haus, in dem die Eltern, Großeltern und

Urgroßeltern wohnten, hat keinen bezifferbaren Mietwert. Der alte Baum vor dem Hause, unter dem sich die Familie seit Generationen an Sommerabenden sammelte, hat nicht nur den Wert von einigen Kubikmetern Holz“ (der Verf.: Das norwegische Bauernerbrecht). Die ideellen Werte bilden oft sogar den Hauptbestandteil des Gesamtwertes ländlichen Besitzes.

In der Regel stellt ein Gutshof eine wirtschaftlich geschlossene Einheit dar. Felder und Wiesen stehen in einem wirtschaftlich erprobten und bewährten Verhältnis zur Größe und Einrichtung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Trennt man einen Acker oder eine Wiese vom Betriebe ab, so fehlen deren Ernteerzeugnisse in der Wirtschaft, Anspann und Nutztierhaltung, Scheunen und Stallraum werden in entsprechendem Maße für den verkleinerten Betrieb zu groß. Bis zu einem gewissen Grade hat die ständig fortschreitende Betriebstechnik und intensivierte Bodennutzung die Abgabe von Boden ausgleichen können. Intensiv betriebene Wirtschaften können heute mit einer kleineren Fläche dasselbe leisten, wie in früheren Zeiten die größeren Höfe. Aber es gibt eine Grenze für die Zumessung des Areals, unter die herunterzugehen einer Schädigung des Hofes entspräche.

Jahrzehntelang haben die Führer der deutschen Agrarpolitik darum gekämpft, daß die bäuerliche Sitte der geschlossenen Hofvererbung erhalten bliebe und für das ganze Reichsgebiet einheitlich gesetzlich festgelegt würde. Kann doch das geschriebene Recht einem guten alten Rechtsbrauch in kritischen Zeiten als Rückhalt und Stütze dienen. In einigen Teilen des Reichs gab es schon früher kodifizierte Anerbengesetze, die die geschlossene Vererbung des ländlichen Grundbesitzes sichern sollten. Aber diese Landrechte galten nur für begrenzte Gebiete und waren zum Teil von geringer Wirkung und kein sicherer Schutz gegen die Aufteilung alter Höfe im Erb-

gange. Erst das Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933 hat die lang gewünschte Regelung des ländlichen Erbrechts für das ganze Reichsgebiet gebracht.

Im Verlauf der zehn Jahre, die das Reichserbhofgesetz in Kraft ist, sind im Großdeutschen Reich rund 900 000 landwirtschaftliche Betriebe Erbhöfe geworden. Das ist mehr als die Hälfte der von der Reichsstatistik gezählten Betriebe mit 5—200 ha (1 612 000) und annähernd ein Viertel sämtlicher landwirtschaftlicher Unternehmungen bis zu 0,5 ha herab (3 441 000). Die Zahlen geben nur einen Anhalt. Sie sind nicht genau vergleichbar, da sich die angegebenen Zahlen der letzten Reichsstatistik auf das Altreich zuzüglich Österreich beziehen, die für die Erbhöfe genannte Zahl aber vermutlich auch die Erbhöfe im Sudetengau, Warthegau und in Westpreußen mitumfaßt.

Für die fast zwei Millionen kleiner und kleinster landwirtschaftlicher Betriebe mit 0,5—5 ha, sofern sie keine Ackernahrung darstellen, und für die Großbetriebe mit mehr als 125 ha ist, von gewissen im Gesetz bestimmten Fällen abgesehen, keine Änderung des Erbrechts eingetreten. Sie regeln ihre Erbauseinandersetzungen ebenso wie früher. In den weiten Gebieten des ostelbischen Großgrundbesitzes und in großen Teilen des südwestdeutschen Realteilungsgebietes ist es im großen ganzen beim Alten geblieben. Es gibt im Südwesten des Reichs ganze Dörfer, in denen nicht ein einziger Erbhof zu finden ist, weil die kleinen Höfe dort nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht als selbständige Ackernahrungen bezeichnet werden können. Fast alle Betriebe, die weniger als 5 ha bewirtschaften — Gartenbetriebe ausgenommen — sind keine selbständigen Betriebe. Eine Ausführungsbestimmung zum Reichserbhofgesetz nennt 7,5 ha als Richtzahl für die Begrenzung der Ackernahrung nach unten. Aber auf minder guten Böden und in rauherem

Klima reichen oft auch 10, 15 und mehr Hektar Boden noch nicht aus, um einen Erbhof zu bilden. Die Betriebsinhaber sind darauf angewiesen, außerhalb ihrer Betriebe einen Nebenerwerb (Forstarbeit, Fabrikarbeit, Straßenbau oder anderes) zu suchen, um mit ihrer Familie bestehen zu können.

Die unveräußerlichen, unteilbaren und hypothekarisch unbelastbaren Erbhöfe bilden das Kernstück unserer Agrarverfassung. Der Gesetzgeber will sie im Interesse der darauf sitzenden Bauerngeschlechter unzerstörbar machen. Er trachtet danach, den Kern des deutschen Bauerntums so groß und stark wie möglich zu machen. In der NS-Landpost vom 24. 9. 1943 hat der Präsident des Landeserbhofgerichts in Celle, Freiherr von Steinacker gesagt, es gäbe manche Gesetzeswerke, die bei ihrem Inkrafttreten unpopulär erschienen und in gewisser Weise und in gewissen Kreisen auf Ablehnung oder Widerspruch stießen. Das könne auch von der Erbhofgesetzgebung gesagt werden, die zunächst bei vielen, die sie anging, durchaus nicht willkommen war. Der Gesetzgeber sollte sich bei der Fortentwicklung der Rechtsprechung gegenüber erfüllbaren Wünschen des Landvolkes nicht verschließen und aus der zehnjährigen Anwendung des Reichserbhofgesetzes die Folgerung ziehen, die seiner Vervollkommnung und Ergänzung dient zum Nutzen des Bauernstandes, des deutschen Bodens und des deutschen Volkes.

Je nach dem Vorrat an vorhandenem Siedlungsboden wird das Reichserbhofgesetz in Zukunft die Tendenz zeigen, die Aufnahme landwirtschaftlicher Betriebe in die Zahl der Erbhöfe zu erleichtern oder zu erschweren. Der erbhofrechtliche Ackernahrungsbegriff läßt, wie Dr. Dellian einmal ausführte, jeden Spielraum für eine Evolution des Reichserbhofrechts in Richtung auf eine neue raumpolitische Situation. Wenn es erwünscht erscheint,

die Zahl der Erbhöfe zu vermehren, kann bei Auslegung des Ackernahrungsbegriffs weniger streng verfahren werden. Ebenso käme eine Erleichterung der Zuerkennung der Erbhofeigenschaft bei den Großbetrieben über 125 ha in Frage.

Man hat in den dicht besiedelten ländlichen Bezirken West- und Südwestdeutschlands auch an eine Vergrößerung der Betriebe durch Umsiedlung kleiner und kleinster Besitzer und Zusammenlegung ihrer Stellen mit benachbarten größeren Betrieben gedacht, die dadurch zu selbständigen Ackernahrungen aufsteigen würden. Der geschäftsführende Reichsernährungsminister Backe hat am 27. 6. 1942 auf einer Tagung in Hannover hierzu folgendes gesagt: „Es wird möglich sein, viele nicht lebensfähige Klein- und Kleinstbetriebe zu gesunden Höfen, die den Einsatz neuzeitlicher Maschinen erlauben, umzustellen. Dabei wird diese Strukturwandlung mit der notwendigen Behutsamkeit durchzuführen sein, um den Lebensquell uralter Bauernsiedlung nicht zu verschütten.“ Man wird in gewissen Fällen zu einer Verbesserung unserer ländlichen Besitzstruktur gelangen, wenn man in den Dörfern des ausgesprochenen Kleinbesitzes durch Umsiedlung einzelner der jetzigen Besitzer danebenliegende Betriebe von 3 auf etwa 6 ha oder von 5 auf 10 ha bringt und somit die Voraussetzungen für die Bildung selbständiger Ackernahrungen und neuer Erbhöfe schafft.

Ein Blick auf unsere Agrarstatistik zeigt, daß es sich bei einem solchen Vorhaben nur um eine relativ begrenzte Zahl von Fällen, nicht aber um eine irgendwie größere Agrarreform handeln kann. Die Statistik zählt im Großdeutschen Reich 1 584 000 Betriebe mit 2—10 ha, die zum ganz überwiegenden Teil keine selbständigen Betriebe sein dürften. Wollte man auch nur die Hälfte dieser Betriebe auflösen und deren jetzige Besitzer an anderer Stelle neu ansiedeln, so müßten fast 800 000 ländliche

Familien innerhalb des Reiches ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz aufgeben und sich an anderer Stelle als Neusiedler niederlassen. Die derzeitigen Möglichkeiten einer Ansetzung bäuerlicher Siedler im großdeutschen Raum wurden unlängst auf 70 000—80 000 geschätzt, das wäre also nur ein Zehntel jener Zahl, die bei Halbierung der Betriebszahl zwischen 2 und 10 ha errechnet wurde. Staatssekretär Backe sagt daher sehr mit Recht, daß eine solche Aktion sehr behutsam durchgeführt werden müsse, wenn sie Nutzen schaffen soll. Die ländlichen Besitzverhältnisse im Deutschen Reich fußen auf einer jahrtausende alten Entwicklung, auf alter Erbsitte und enger wirtschaftlicher Verflechtung von Stadt und Land und eignen sich nicht für stürmisch durchgeführte Agrarreformen.

## II. Forstwissenschaftlicher Teil

### Durchforstung

von Karl Vanselow

Um Wesen und Zweck der Durchforstung verständlich zu machen, gehen wir vom Begriff des Bestandes aus. Wir verstehen darunter einen Teil des Waldes von 1,0 bis 6,0 oder 8,0 ha und noch größer, der in sich einheitlich nach Holzart, Alter, Standort und Betriebsziel und in der Regel durch schmale Fluchten von einigen Metern Breite oder durch Farbringe an Bäumen, Pflöcke und Winkelgräben im Gelände deutlich von seiner Umgebung abgegrenzt ist. Er bildet die betriebliche Einheit im Wirtschaftswald. Gleichbedeutend damit ist die in der Forsteinrichtung meist gebräuchliche Bezeichnung Unterabteilung.

Denken wir uns die Fläche von 1 ha eines Bestandes, so befinden sich darauf nach der Verjüngung etwa durch Pflanzung von dreijährigen Fichtensämlingen oder von vier- bis fünfjährigen verschulten Fichten im Quadratmeter-Verband 10 000 Pflanzen. Auf derselben Fläche stehen aber je nach Standortsgüte im Alter von 80 Jahren, in dem der Fichtenbestand hiebsreif ist, nur noch 600 bis 800 Bäume, das sind nur 6—8 % der Pflanzenzahl in der ersten Jugend. Noch größer ist der Unterschied dann, wenn die neue Waldgeneration nicht durch Pflanzung, sondern durch Saat oder den natürlichen Samenabfall der Altholzgeneration, des sogenannten Mutterbestandes, verjüngt worden ist. In einer gut gelungenen Buchenverjüngung stocken auf 1 ha etwa 100 000 junge Buchenpflanzen, bei der Hiebsreife im Alter von 120 Jahren ist aber die Baumzahl zusammengeschrumpft auf 200 bis 250 Bäume, das sind gar nur 0,2 bis 0,25 % der ursprünglichen

lichen Individuenzahl. Die Ursache dieser gewaltigen Stammzahlabnahme ist ohne weiteres klar: Mit der Entwicklung der einzelnen Bäume mit zunehmendem Alter, schon im beginnenden Dickungsalter, finden sie auf der ihnen ursprünglich zur Verfügung stehenden Fläche — je Bäumchen 1 qm in unserem Fichten- und 0,1 qm in unserem Buchen-Beispiel — nicht mehr genügend Lebensraum, als dessen Folge ein Kronen- und Wurzelwettbewerb der einzelnen Bäume um Licht und Nahrung entsteht, der sich immer mehr verschärft, am stärksten sich während der Zeit der höchsten Wachstumsenergie im Stangenholzalter äußert, aber auch, wie das bei uns die Regel ist, bei allen im Schluß gehaltenen Beständen noch weiter bis zum schließlichen Abtrieb andauert. In diesem Kampf ums Dasein erringen die durch Erbmasse oder Umweltbedingungen (bessere Standortverhältnisse auf kleinstem Raum, Altersvorsprung bei natürlicher Verjüngung, zufälliger Schutz gegen Insektenfraß und Pilzschäden, gegen Wildverbiß und Fällungsschäden u. dgl.) im Wachstum begünstigten Baumindividuen einen Vorsprung im Höhenwuchs und meist auch in der Kronenausdehnung, sie überwachsen die weniger wüchsigen Genossen, unterdrücken sie, bringen sie damit zum Kümern und schließlich zum Absterben.

Freilich, so weit läßt es der Forstmann in seinem Wald nicht kommen. Schon bevor jeweils das Kümmerstadium beginnt, werden solche Bäume von ihm entfernt. Und nicht nur das, er entnimmt auch die Bäume, die weniger nutzholztüchtig, auch Holzarten, die unerwünscht im Bestand sind. All diese Eingriffe verfolgen den Zweck, die Entwicklung des Bestandes so zu leiten, daß jeder einzelne Baum und der Bestand im ganzen im Laufe des langen Bestandslebens ein Maximum an Masse und Wert liefert und die Nachhaltigkeit der Erzeugung dabei gesichert bleibt. Sie werden allgemein unter dem Namen Bestandserziehung oder Bestandspflege zusammengefaßt.

In der ersten Jugend heißen die ersten Hiebsmaßnahmen Läuterungen, Säuberungen oder Reinigungen. Von dem Zeitpunkt an, von dem die herausgehauenen Bäume von wirtschaftlichem Wert sind, der Erlös unmittelbar die Kosten deckt, also etwa nach Abschluß des Dickungsalters und von dem Beginn des Stangenholzalters an, werden sie, einem alten Brauch gemäß, Durchforstungen genannt. Auf sie soll in diesem Brief Ihr Augenmerk, verehrte junge Kameraden, gerichtet werden, auf die Fragen, die sich bei der Durchführung einer Durchforstung dem Forstmann aufdrängen.

#### I.

Die erste ist wohl die: Welche Bäume nehme ich zweckmäßig aus dem Bestand heraus oder mehr positiv ausgedrückt: welche waldbaulichen — ökologischen oder biologischen — Gesichtspunkte sind bestimmend für das Verbleiben der einen und die Entfernung der anderen Bäume im Bestand? Die grundsätzliche Antwort darauf ist oben schon angedeutet worden. Es handelt sich vor allem im Stadium des Bestandslebens vom späteren Dickungsalter, also etwa von 25 bis 35 Jahren an, um eine Auslese der guten Bäume; sie allein sind die Werträger und verlässigen Zuwachsträger und verdienen eine ständige Förderung, während das Minderwertige fällt, sofern nicht besondere Gründe für seine Erhaltung sprechen. Die Beurteilung „gut“ und „minderwertig“ bezieht sich vom Standpunkt des Forstmannes aber vor allem auf den Stamm oder Schaft des Baumes, der das begehrte Rohprodukt Holz nahezu ausschließlich liefert. Ein guter nutzholztüchtiger Schaft soll möglichst einheitlich bis zur Baumspitze durchgehen, somit kein Zwiesel sein, aber auch nicht in geringer Höhe über dem Boden sich in Haupt- oder auch starke Seitenäste auflösen, wie das sogenannte Vorwüchse oder „Protzen“ tun. Er soll gerade sein, da krumme Stämme nahezu jeden



Verwendungszweck beeinträchtigen, nicht Drehwuchs zeigen, lotrecht stehen und vor allem keine Schädigungen durch Krankheiten aller Art (Krebs, Baumschwamm, Kienzopf, Rotfäule, Wundfäule) oder äußere gewaltsame Einwirkungen, wie sie z. B. häufig durch das Fällen nebenstehender Bäume entstehen, aufweisen: ein guter Maßstab dafür ist eine glatte Rinde ohne erhebliche Narben. Die Krone soll gleichmäßig gebaut sein, da einseitig entwickelte Kronen zu unregelmäßiger — exzentrischer — Schaftausbildung führen.

„Gut“ im forstlichen Sinne ist aber auch nur ein lebenskräftiger Baum, der seinem ganzen Äußeren nach in der Lage ist, reichen Zuwachs zu leisten. Nur ein solcher Baum verdient eine Begünstigung und ein Belassen im Bestand. Bäume dieser Art sind meist sogenannte herrschende Bäume — oder wie sie auch genannt werden, der Hauptbestand —, die mit ihrer Krone die oberste Kronenschicht bilden und im Vollgenusse unmittelbarer Lichteinwirkung ein Höchstmaß an Assimilation zur Jahrringbildung zu leisten vermögen, während schon die nur mitherrschenden und besonders die beherrschten und unterdrückten Bäume — diese vier sozialen Schichten lassen sich in jedem Bestand unschwer unterscheiden — in der Zuwachsleistung gegenüber den herrschenden ganz bedeutend nachstehen. Das bedeutet aber keineswegs etwa eine restlose Entfernung der drei unteren Schichten, des sogenannten Nebenbestandes. Sie werden nur dann dem Bestand entnommen, wenn sie den „guten“ Baum in seinem Lebensraum einengen und damit schädigen oder wenn sie aus Gründen der Waldhygiene, weil sie krank oder an sich dem Tode verfallen sind, kein Lebensrecht mehr besitzen oder endlich, wenn sie unter sich allzu dicht stehen und sich gegenseitig gleichsam aushungern. Im übrigen muß der Nebenbestand erhalten bleiben, da er wichtige biologische Aufgaben in der Lebensgemeinschaft des Bestandes zu erfüllen hat:

er muß den Waldboden abschirmen gegen die Einwirkung der Sonne und damit vor Unkrautwuchs bewahren, vor Verdunstung schützen, die Windwirkung als weiteren Faktor der Verdunstung abbremsen und damit die Luftruhe im Bestand erhalten, er muß aber weiter auch die Stämme der Auslesebäume beschatten, die Äste zum Absterben bringen, bei den Laubhölzern das Entstehen neuer Äste, der Wasserreiser, verhindern. Der Nebenbestand ist somit notwendig zum Boden-, Klima- und Stammschutz und darf nur soweit bei der Durchforstung entnommen werden, als es sich mit diesen Aufgaben verträgt. Wie oben schon erwähnt wurde, darf ja die Erhaltung der Produktionsfähigkeit des Standorts, der forstliche Grundsatz der Nachhaltigkeit der Erzeugung, niemals aus dem Auge gelassen werden. Deshalb ist ein sehr wichtiger Bestimmungsgrund für jeden forstlichen Eingriff in den Bestand bei den Mischbeständen auch die Regelung des Mischungsverhältnisses. Der Mischwald ist besonders geeignet, Boden und Bestand dauernd in leistungsfähigem Zustand zu bewahren, seine Erhaltung und Wiederherstellung dort, wo man ihn in früheren Zeiten in Reinbestände umgewandelt hat, ist ein kategorisch geforderter Programmpunkt der deutschen Forstwirtschaft.

Aus dem wenigen schon, was hier über den waldbaulichen Zweck und die davon abgeleitete Durchführung der Durchforstung gesagt werden konnte, leuchtet ein, daß eine Durchforstung keine mechanische Arbeit im Walde ist, sondern pflanzenphysiologische Kenntnisse, Verständnis, viel Überlegung und nicht zuletzt Liebe zur Sache voraussetzt. Bei jeder Holzart, auf jedem Standort sind andere Gesichtspunkte maßgebend. Die Theorie ist auch hier nicht zu entbehren, sie wird Ihnen eingehend in der Vorlesung über Waldbau und auch über Zuwachs- und Ertragslehre vermittelt. Meister jedoch wird der Forstmann erst durch die Praxis, durch Übung und Er-

fahrung. Die Tätigkeit des Durchforstens ist besonders befriedigend, da sich dadurch sofort die Kunst des Forstmannes sichtbar dokumentiert; aber auch lohnend, da erst durch sie ein Wald entsteht, der seiner Bestimmung, dem volkswirtschaftlichen Bedarf zu dienen, in bester Weise gerecht wird.

## II.

Damit ist bereits die weitere Frage aufgeworfen: Was erreicht denn der Forstmann durch seine Durchforstungen? Wie verhält sich die Holzerzeugung, die Massenleistung und weiter, was viel wichtiger ist, die Wertleistung des sorgsam im oben ausgeführten Sinne einer strengen Auslese durchforsteten im Vergleich zu der des nur oberflächlich, „schwach“ durchforsteten Bestandes, eines Bestandes, in dem neben der Bestattung der Toten nur die Entnahme von dem Untergang über kurz oder lang geweihten und vielleicht noch den besonders nutzholzüntüchtigen Bäumen erfolgt?

Was den Unterschied der Massenleistung anlangt, so haben die zahlreichen, seit langen Jahrzehnten durchgeführten vergleichenden Versuche der deutschen forstlichen Versuchsanstalten, die in den letzten Jahren ausgewertet wurden, nahezu übereinstimmend ergeben, daß durch die verschiedenen Durchforstungsverfahren, wie sie im praktischen Betrieb üblich sind, weder eine Steigerung noch eine Minderung eintritt. Dieses als gesichert anzunehmende Ergebnis hat die Erwartungen des 19. Jahrhunderts enttäuscht, die eine Mehrung des Zuwachses von einer stärker geführten Durchforstung erhofften. Sie tritt aber nicht ein, wohl aber eine Minderung, wenn — was im deutschen Wirtschaftswald nicht vorkommt — etwa überhaupt nicht durchforstet, ein dicht begründeter Bestand sich ohne Pflege dauernd selbst überlassen bliebe oder übermäßig starke Eingriffe den Bestand so stark auflichten würden, daß Lücken in demselben entstehen. Im

ersten Falle geraten die einzelnen Bäume in so drangvolle Enge, daß sie sich gegenseitig derart bedrängen, daß sie dadurch kümmern und im Zuwachs zurückbleiben. Im zweiten Fall aber findet keine restlose Ausnützung der Standortskräfte statt, da ja auf den Lücken kein Holz wächst. Von diesen Extremen abgesehen, ändert sich die Massenerzeugung in einem Bestand durch die Durchforstungen nicht. Die Summe der durch die Durchforstungen entnommenen Holzmassen und des Abtriebsbestandes bleibt sich gleich; bei niederen Durchforstungen anfallen ist aber die Masse des Abtriebsbestandes höher und umgekehrt. Die Forstwissenschaft konnte, was schon der gesunde Menschenverstand erwarten läßt, zahlenmäßig nachweisen, daß der bisherige Zuwachs der bei der Durchforstung entnommenen Bäume dadurch, daß den verbleibenden Bäumen nunmehr ein größerer Lebens- und Nahrungsraum zur Verfügung steht, sich auf diese verlagert; die verbleibenden Bäume rücken alsbald mit ihren Kronen in den Lichtraum, mit ihren Wurzeln in den Bodenraum ein, den die bei der Durchforstung entnommenen Bäume bisher in Anspruch nahmen, und ersetzen durch vermehrten Zuwachs den Ausfall, der durch die Entfernung der im Durchforstungswege entfernten Zuwachsträger entsteht. Das war eine grundlegende Erkenntnis, die aber vor zu schwachen und zu starken Eingriffen in den Bestand in gleicher Weise warnt; am besten ist die häufige, etwa alle fünf Jahre durchgeführte Durchforstung, die jeweils das Überflüssige entnimmt und sich wiederholt, wenn Bäume erneut entbehrlich werden. Von der gesamten Massenleistung eines Bestandes während seines ganzen Lebens soll etwa die Hälfte im Wege der Durchforstung entnommen werden; die andere Hälfte verbleibt dann für die Abtriebsnutzung.

Um so entscheidender ist aber der Einfluß der Durchforstung für die Wertleistung des Bestandes. Als erstes ist hoch anzuschlagen der Wert des Durchforstungs-

materials; es ergibt je nach Holzart Stangen aller Art, von der Bohnenstange bis zur Hopfenstange und Gerüststange, Faserholz zur Herstellung von Papier und Zellwolle, Grubenholz, alles Holzsorten, die fast nur aus Durchforstungsholz ausgeformt werden können, Generatorholz u. dgl. und Brennholz. Ich konnte unlängst in einer Untersuchung nachweisen, daß unter den Verhältnissen des Sachsenrieder Forstes im Allgäu auf bestem Standort ein 84jähriger Fichtenbestand aus sorgfältig geführten Durchforstungen bisher je Hektar rund eine Einnahme von 7000.— RM. geliefert hat. Überträgt man dieses Ergebnis auf die Größe eines Forstamtes mit mehreren Tausenden Hektar Waldfläche, so leuchtet die privat- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Durchforstung ein. Größer aber ist der Wertleistung die Steigerung des Abtriebsbestandes. Im richtig durchforsteten Bestand sollen nur ausgesuchte Nutzholzstämme, Werthölzer bester Qualität stehen, soweit das auf dem Standort überhaupt nur möglich ist. Zahlreiche vergleichende Untersuchungen haben nachgewiesen, daß die Nutzholzausbeute, insbesondere in Buchen-, Eichen- und Kiefernbeständen, bei Holzarten, die überwiegend Sägeware, Schälholz liefern sollen, in ihrer Tracht aber sich den Umweltverhältnissen stark anpassen und bei denen die Auslese der besten Schaftformen dringend not tut, während Fichte, Tanne und Lärche an sich schon gerade Schäfte ausbilden und die Astigkeit nicht die Rolle spielt wie bei ersterer Holzartengruppe, durch eine sorgfältige Durchforstung bis zu 15 vom Hundert gesteigert werden kann. Ebenso wichtig ist, daß durch sie als Folge der Zuwachsverlagerung in derselben Zeit stärkere Stammdurchmesser erzeugt werden als bei schwacher Durchforstung. Der Stammdurchmesser ist aber unter sonst gleichen Verhältnissen bei fast allen Holzarten in erster Hinsicht maßgebend für die Verwendungsfähigkeit und damit den Preis des Holzes, wie schon daraus hervor-

geht, daß die Klassenbildung der Reichshoma (= Reichsholzmeßanweisung) sich auf der Größe des Durchmessers aufbaut. Gerade Starkholz fehlt aber in Deutschland am allermeisten. Alles in allem genommen, kann die Einnahme zum mindesten aus unseren Eichen-, Buchen- und Kiefernbeständen nach bisherigen Ergebnissen durch intensive Durchforstung um etwa 20 vom Hundert erhöht werden. Das bedeutet nicht nur einen privatwirtschaftlichen Gewinn für den Waldbesitzer, den er sich durch seine Tätigkeit im Walde erarbeitet, sondern ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt sehr erwünscht, ja geboten, da die gute Durchforstung unsere passive Holzhandelsbilanz fühlbar zu entlasten vermag.

Wie ich aus Erfahrung weiß, bringt der junge Forstmann der Durchforstung sowohl vom theoretischen als vom praktischen Standpunkt aus großes Interesse entgegen, und in der Tat kann er sich auf keinem anderen forstlichen Gebiet so augenscheinlich und für ihn selbst befriedigend bewähren wie auf diesem. Aus diesem Grunde habe ich dieses Thema zu einer Aussprache mit Euch, junge Kameraden, gewählt. Wer Zeit und Lust hat, tiefer einzudringen, dem empfehle ich das Studium des sehr anregend geschriebenen Buches „Die Auslesedurchforstung als Erziehungsbetrieb höchster Wertleistung“ von Dr. Walter Schädelin, Verlag Paul Haupt, Bern-Leipzig 1942, das die waldbauliche Seite der Durchforstung erschöpfend behandelt, und meine „Einführung in die Forstliche Zuwachs- und Ertragslehre“, J. D. Sauerländers Verlag, Frankfurt a. M. 1941, die sich neben anderem auch mit der Massenleistung des Bestandes unter dem Einfluß der Durchforstung beschäftigt. Beide Bücher stehen jederzeit leihweise aus der von mir eingerichteten Bibliothek für die Wehrmachtsfernbetreuung der Forststudenten (Adresse: Fernbetreuungsstelle für Wehrmachtsangehörige, Abteilung Forststudenten, München 13, Amalienstraße 52) zur Verfügung.